

Allgemeine Einkaufsbedingungen

§ 1 Geltungsbereich, Form

- (1) Die vorliegenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen (AEB) gelten für alle Geschäftsbeziehungen mit unseren Geschäftspartnern und Lieferanten („Verkäufer“). Die AEB gelten nur, wenn der Verkäufer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.
- (2) Die AEB gelten insbesondere für Verträge über den Verkauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen („Ware“), ohne Rücksicht darauf, ob der Verkäufer die Ware selbst herstellt oder bei Zulieferern einkauft (§§ 433, 651 BGB). Sofern nichts anderes vereinbart, gelten die AEB in der zum Zeitpunkt der Bestellung des Käufers gültigen bzw. jedenfalls in der ihm zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung als Rahmenvereinbarung auch für gleichartige künftige Verträge, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten.
- (3) Diese AEB gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Verkäufers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn wir in Kenntnis der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verkäufers dessen Lieferungen vorbehaltlos annehmen.
- (4) Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Verkäufer (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen AEB. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist, vorbehaltlich des Gegenbeweises, ein schriftlicher Vertrag bzw. unsere schriftliche Bestätigung maßgebend.
- (5) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Verkäufers in Bezug auf den Vertrag (z.B. Fristsetzung, Mahnung, Rücktritt) sind schriftlich, d.h. in Schrift- oder Textform (z.B. Brief, E-Mail, Telefax) abzugeben. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden bleiben unberührt.
- (6) Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AEB nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

§ 2 Vertragsschluss

- (1) Unsere Bestellung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe oder Bestätigung als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z.B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeite der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Verkäufer zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.
- (2) Der Verkäufer ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb einer Frist von einer Woche schriftlich zu bestätigen oder insbesondere durch Versendung der Ware vorbehaltlos auszuführen (Annahme). Eine verspätete Annahme gilt als neues Angebot und bedarf der Annahme durch uns.

§ 3 Lieferzeit und Lieferverzug

- (1) Die von uns in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend. Wenn die Lieferzeit in der Bestellung nicht angegeben und auch nicht anderweitig vereinbart wurde, beträgt sie zwei Wochen ab Vertragsschluss. Der Verkäufer ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Lieferzeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.
- (2) Erbringt der Verkäufer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Abs. 3 bleiben unberührt.
- (3) Ist der Verkäufer in Verzug, können wir – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalierten Ersatz unseres Verzugschadens iHv 1% des Nettopreises pro vollendete Kalenderwoche verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5% des Nettopreises der verspätet gelieferten Ware. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Verkäufer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

§ 4 Leistung, Lieferung, Gefahrübergang, Annahmeverzug

- (1) Der Verkäufer ist ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung nicht berechtigt, die von ihm geschuldete Leistung durch Dritte (z.B. Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der Verkäufer trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist (z.B. Beschränkung auf Vorrat).
- (2) Die Lieferung erfolgt innerhalb Deutschlands „frei Haus“ an den in der Bestellung angegebenen Ort. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an unseren Geschäftssitz in Bremen zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung (Bringschuld).
- (3) Der Lieferung ist ein Lieferschein unter Angabe von Datum (Ausstellung und Versand), Inhalt der Lieferung (Artikelnummer und Anzahl) sowie unserer Bestellkennung (Datum und Nummer) beizulegen. Fehlt der Lieferschein oder ist er unvollständig, so haben wir hieraus resultierende Verzögerungen der Bearbeitung und Bezahlung nicht zu vertreten. Getrennt vom Lieferschein ist uns eine entsprechende Versandanzeige mit dem gleichen Inhalt zuzusenden.
- (4) Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Sache geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf uns über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Auch im Übrigen gelten bei einer Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts entsprechend. Der Übergabe bzw. Abnahme steht es gleich, wenn wir uns im Annahmeverzug befinden.
- (5) Für den Eintritt unseres Annahmeverzuges gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Verkäufer muss uns seine Leistung aber auch ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung unsererseits (z.B. Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist. Geraten wir in Annahmeverzug, so kann der Verkäufer nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen (§ 304 BGB). Betrifft der Vertrag eine vom Verkäufer herzustellende, unvertretbare Sache (Einzelfertigung), so stehen dem Verkäufer weitergehende Rechte nur zu, wenn wir uns zur Mitwirkung verpflichtet und das Unterbleiben der Mitwirkung zu vertreten haben.

General Terms of Purchase

§ 1 Scope of application, form

- (1) These General Terms of Purchase (GTP) apply to all our business relations with our business partners and suppliers („Seller“). These GTP apply only if the seller is an entrepreneur (article 14 of the civil code), a legal entity under public law, or a special fund under public law.
- (2) These GTP apply in particular to sale and/or delivery contracts for chattels („goods“) irrespective of whether we manufacture them ourselves or acquire them from suppliers (articles 433 and 651 of the civil code). Unless agreed otherwise, the GTP in the version applicable at the time of the order placed by the Buyer or in any case in the last version made known to the Buyer in writing shall apply as a framework contract also for future similar contracts, without the need for citing them in each individual case.
- (3) These GTP shall apply exclusively. Any other, contrary or supplementary general commercial terms of the seller shall be part of a contract only and to the extent in which we expressly agreed for them to apply. This requirement for consent shall apply in any case, for instance even if we accept deliveries from the seller while being aware of the seller's GTP
- (4) Individual contracts concluded with the seller in individual cases (including additional contracts, supplements and amendments) shall in every case have precedence over these GTP. Unless demonstrated otherwise, a written contract or our written confirmation shall be reliable for the contents of such contracts.
- (5) Legally significant declarations and notices of the seller regarding the contract (e.g. appointment of deadlines, defect notices, withdrawal or reduction) must be submitted in writing, i.e. in a written or text form (e.g. letter, e-mail, fax). Statutory formal requirements and further evidence, particularly in the case of any doubts regarding entitlements of the person submitting the statement, shall remain intact.
- (6) Any references to the possibility of applying statutory regulations are for clarification purposes only. Even without such clarification, statutory regulations shall apply, unless they were directly amended or explicitly excluded in these GTP.

§ 2 Conclusion of a contract

- (1) Our order shall be deemed binding at the earliest upon its submission in writing or confirmation. The seller should point out to us obvious mistakes (e.g. misspellings and miscalculations) as well as incompleteness of the order, including its documents, in order for us to correct or supplement the order before acceptance; otherwise, the contract shall be deemed invalid.
- (2) The seller shall be obliged to confirm our order in writing within one week or in particular to complete it without reservations by shipping the goods (acceptance). Delayed acceptance shall be deemed a new offer and requires our acceptance.

§ 3 Date of delivery and delivery delay

- (1) The time of delivery specified by us in the order shall be binding. If the delivery date is not specified in the order and was not otherwise agreed on, it shall be two weeks from the date of entering the contract. The seller shall be obliged to immediately notify us in writing if the seller is unlikely to meet the agreed upon delivery dates – irrespective of the cause.
- (2) Should the seller fail to perform the delivery within the agreed upon time or if the delivery is delayed, our rights – particularly concerning withdrawal from the contract and compensation – shall be determined in accordance with statutory regulations. The regulations specified in act 3 shall remain unaffected.
- (3) Should the Seller be in delay, we may – apart from further statutory claims – demand a lump sum compensation for delay coming to 1% of the net price per each calendar week – but in total no more than 5% of the net price of the goods delivered with delay. We reserve the right to demonstrate that higher damages ensued. The seller shall be entitled to demonstrate that we incurred no loss or the loss was significantly lower than the aforesaid lump sum.

§ 4 Performance, delivery, transfer of risk, acceptance, delay of acceptance

- (1) Without our prior written consent, the Seller shall not be entitled to entrust performance to third parties (e.g. subcontractors). The seller shall bear the risk of supply within the scope of their performance, unless in individual cases it was determined otherwise (e.g. limitation to stock).
- (2) The delivery shall be made free of charge to a plant in Germany, at the location specified in the order. If the destination is not specified and no other arrangements were made, the delivery shall be made to our seat in Bremen. The relevant destination shall also be the place of performance for the delivery and every subsequent performance (obligation to deliver).
- (3) The deliveries shall be accompanied by a delivery note, specifying the dates (of release and shipment), contents of the delivery (item numbers and quantities) and our order ID (date and number). Should the delivery note be missing or incomplete, we shall not be liable for any resulting delay in performance and payment. An appropriate waybill with the same contents shall also be sent to us separately from the delivery note.
- (4) The risk of accidental loss and deterioration of the goods shall be transferred to us no later than at the time of handover at the location of performance. As long as acceptance was agreed on, it shall be decisive for determining the moment of risk transfer. In all other matters, an arranged acceptance shall also be subject to respective statutory provisions concerning contracts of commission. Transfer or collection shall be deemed equivalent to a situation where we delay acceptance.
- (5) Should we be in delay regarding acceptance, statutory regulations shall apply. Yet, the seller has to explicitly offer its performance to us, also if a specific or identifiable period of time was agreed on for action or cooperation on our part (e.g. material delivery). Should we delay acceptance, the Seller may claim compensation for its additional expenses in accordance with statutory regulations (article 304 of the civil code). If the contract applies to an object to be manufactured by the Seller (individual production), but its completion cannot be expected, further rights shall be available to the Seller only if we commenced cooperation and are liable for lack

§ 5 Preise und Zahlungsbedingungen

- (1) Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer, wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.
- (2) Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Verkäufers (z.B. Montage, Einbau) sowie alle Nebenkosten (z.B. ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich eventueller Transport- und Haftpflichtversicherung) ein.
- (3) Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen leisten, gewährt uns der Verkäufer 3% Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.
- (4) Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Für den Zahlungsverzug gelten die gesetzlichen Vorschriften.
- (5) Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Verkäufer zustehen.
- (6) Der Verkäufer hat ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Gegenforderungen.

§ 6 Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalt

- (1) An Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist.
- (2) Vorstehende Bestimmung gilt entsprechend für Stoffe und Materialien (z.B. Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem Verkäufer zur Herstellung beistellen. Derartige Gegenstände sind – solange sie nicht verarbeitet werden – auf Kosten des Verkäufers gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.
- (3) Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestellten Gegenständen durch den Verkäufer wird für uns vorgenommen. Das gleiche gilt bei Weiterverarbeitung der gelieferten Ware durch uns, so dass wir als Hersteller gelten und spätestens mit der Weiterverarbeitung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Eigentum am Produkt erwerben.
- (4) Die Übereignung der Ware auf uns hat unbedingd und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises zu erfolgen. Nehmen wir jedoch im Einzelfall ein durch die Kaufpreiszahlung bedingtes Angebot des Verkäufers auf Übereignung an, erlischt der Eigentumsvorbehalt des Verkäufers spätestens mit Kaufpreiszahlung für die gelieferte Ware. Wir bleiben im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung zur Weiterveräußerung der Ware unter Vorausabtretung der hieraus entstehenden Forderung ermächtigt (hilfsweise Geltung des einfachen und auf den Weiterverkauf verlängerten Eigentumsvorbehalts). Ausgeschlossen sind damit jedenfalls alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.

§ 7 Mangelhafte Lieferung

- (1) Für unsere Rechte bei Sach- und Rechtsmängeln der Ware (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage, mangelhafter Montage-, Betriebs- oder Bedienungsanleitung) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Verkäufer gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der Verkäufer insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf uns die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, die – insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in unserer Bestellung – Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind oder in gleicher Weise wie diese AEB in den Vertrag einbezogen wurden. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Produktbeschreibung von uns, vom Verkäufer oder vom Hersteller stammt.
- (3) Abweichend von § 442 Abs. 1 S. 2 BGB stehen uns Mängelansprüche uneingeschränkt auch dann zu, wenn uns der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.
- (4) Für die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB) mit folgender Maßgabe: Unsere Untersuchungspflicht beschränkt sich auf Mängel, die bei unserer Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere offen zu Tage treten (z.B. Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung) oder bei unserer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren erkennbar sind. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalles nach ordnungsgemäßen Geschäftsgang tunlich ist. Unsere Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. Unbeschadet unserer Untersuchungspflicht gilt unsere Rüge (Mängelanzeige) jedenfalls dann als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von zehn Arbeitstagen ab Entdeckung bzw., bei offensichtlichen Mängeln, ab Lieferung abgesendet wird.
- (5) Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Art und ihrem Verwendungszweck gemäß in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht wurde; unser gesetzlicher Anspruch auf Ersatz entsprechender Aufwendungen bleibt unberührt. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen trägt der Verkäufer auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Unsere Schadensersatzhaftung bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haften wir jedoch nur, wenn wir erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben, dass kein Mangel vorlag.
- (6) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte und der Regelungen in Abs. 5 gilt: Kommt der Verkäufer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung – nach unserer Wahl durch

thereof.

§ 5 Prices and terms of payment

- (1) The price specified in the order shall be binding. All the prices include the statutory VAT, unless it is specified separately.
- (2) Unless, in individual cases, it was agreed otherwise, the price shall also include all the services and auxiliary performance of the seller (e.g. assembly, installation), as well as any additional costs (e.g. appropriate packaging, transport costs including potential transport insurance and civil liability insurance).
- (3) The agreed upon price shall be payable within 30 calendar days from a complete delivery and performance (including acceptance) and reception of the relevant invoice. Should we make the payment within 14 calendar days, the Seller shall grant us a discount amounting to 3% of the net invoice amount. In the case of a bank transfer, the payment shall be deemed made on time if our transfer order is received by our bank before the payment deadline; we shall not be liable for any delays caused by the banks participating in the payment process. We shall owe any interest related to the maturity date. Regarding any payment delay, statutory regulations shall apply.
- (5) We shall be entitled to deduct and retain, as well as to lodge claims regarding failure to perform the contract within the statutory time. In particular, we shall be entitled to withhold any due payments as long as we are still entitled to claims towards the Seller, resulting from incomplete or improper performance of the contract.
- (6) The Seller shall be entitled to deduct or withhold only with reference to mutual claims which were determined by a declarative verdict or are indisputable.

§ 6 Confidentiality and reservation of title

- (1) We reserve ownership and copyrights to illustrations, plans, drawings, calculations, executive instructions, product descriptions and other documents. These documents shall only be used to perform the contract and returned to us upon its completion. The documents shall be kept confidential from third parties, even after termination of the contract. The confidentiality obligation shall expire only and to the extent in which the knowledge contained in the documents became public.
- (2) The aforesaid provision shall apply respectively to substances and materials (e.g. software, finished goods and semi-finished goods), as well as to tools, templates, samples and other items we provide to the Seller for production. Such items shall be – unless they are processed – stored separately at the Seller's expense and reasonably insured against damage and loss.
- (3) Any processing, mixing or blending (further processing) of the items delivered by the seller shall take place for us. The same applies to our further processing of delivered goods, wherefore we shall be considered the manufacturer and no later than at the time of further processing, according to statutory regulations, we shall obtain ownership of the products.
- (4) Transfer of the goods ownership to us is unconditional and irrespective of the price payment. But if in an individual case we accept the seller's offer regarding transfer of ownership for security provided that the purchase price is paid, the seller's reservation of title shall expire no later than once the purchase price for the goods delivered is paid. We shall be entitled to resell the goods in the ordinary course of business also before the purchase price is paid with prior transfer of receivables on this account (alternatively, the ordinary reservation of title extended to resale shall apply). This excludes any other form of reservation of title, particularly extended reservation of title, transferred reservation of title and reservation of title extended to further processing.

§ 7 Defective delivery

- (1) The statutory regulations shall apply to our rights in the case of material and legal defects of the goods (including improper and short delivery, as well as incorrect assembly, defective assembly, user or operation manual) and should the Seller otherwise breach obligations, unless specified otherwise below.
- (2) According to statutory regulations, the Seller shall be in particular liable for the goods to have the agreed upon quality at the time of the risk being transferred to us. In any case, a quality agreement shall be deemed product descriptions which – in particular by labelling or reference in our order – constitute the subject of a given contract or were incorporated into a contract in the same manner as these GTP. It is irrelevant whether the product description comes from us, the seller or the manufacturer.
- (3) Notwithstanding article 442 act 1 sentence 2 of the civil code, we shall be entitled to unlimited claims on account of defects also if the given defect was unknown to us at the time of entering the contract due to gross negligence. Regarding the statutory obligation to inspect and report defects, statutory regulations (articles 377, 381 of the commercial code) apply, with the following proviso: Our obligation to perform inspection shall be limited to defects which become apparent during our inspection of the goods as part of external inspection including the delivery documents (e.g. transport damage, incorrect and short delivery) or if they are recognizable during our quality control as part or random sampling procedure. Unless acceptance was agreed on, there is no obligation to perform inspections. Moreover, it shall depend on the possible extent of inspection in the course of normal business, taking into account the circumstances of the specific case. Our obligation regarding notice of defects disclosed at a later time shall remain unaffected. Irrespective of our obligation to perform inspection, our complaints (defect notices) shall be deemed lodged without undue delay and at the appropriate time should it be dispatched within ten working days from its discovery or, in the case of obvious defects, from delivery.
- (5) Works performed at a later time shall also include removal of defective goods and its reassembly, if the goods were installed in another object or attached to another object in accordance with its type and intended purpose, our statutory claims for reimbursement of respective outlays shall remain unaffected. The costs required

Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so können wir den Mangel selbst beseitigen und vom Verkäufer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Verkäufer fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (zB wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen werden wir den Verkäufer unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.

(7) Im Übrigen sind wir bei einem Sach- oder Rechtsmangel nach den gesetzlichen Vorschriften zur Minderung des Kaufpreises oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Außerdem haben wir nach den gesetzlichen Vorschriften Anspruch auf Schadens- und Aufwendungsersatz.

§ 8 Lieferantenregress

(1) Unsere gesetzlich bestimmten Regressansprüche innerhalb einer Lieferkette (Lieferantenregress gemäß §§ 445a, 445b, 478 BGB) stehen uns neben den Mängelansprüchen uneingeschränkt zu. Wir sind insbesondere berechtigt, genau die Art der Nacherfüllung (Nachbesserung oder Ersatzlieferung) vom Verkäufer zu verlangen, die wir unserem Abnehmer im Einzelfall schulden. Unser gesetzliches Wahlrecht (§ 439 Abs. 1 BGB) wird hierdurch nicht eingeschränkt.

(2) Bevor wir einen von unserem Abnehmer geltend gemachten Mängelanspruch (einschließlich Aufwendungsersatz gemäß §§ 445a Abs. 1, 439 Abs. 2 und 3 BGB) anerkennen oder erfüllen, werden wir den Verkäufer benachrichtigen und unter kurzer Darlegung des Sachverhalts um schriftliche Stellungnahme bitten. Erfolgt eine substantiierte Stellungnahme nicht innerhalb angemessener Frist und wird auch keine einvernehmliche Lösung herbeigeführt, so gilt der von uns tatsächlich gewährte Mängelanspruch als unserem Abnehmer geschuldet. Dem Verkäufer obliegt in diesem Fall der Gegenbeweis.

(3) Unsere Ansprüche aus Lieferantenregress gelten auch dann, wenn die mangelhafte Ware durch uns oder einen anderen Unternehmer, z.B. durch Einbau in ein anderes Produkt, weiterverarbeitet wurde.

§ 9 Produzentenhaftung

(1) Ist der Verkäufer für einen Produktschaden verantwortlich, hat er uns insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.

(2) Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Verkäufer Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von uns durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Über Inhalt und Umfang von Rückrufmaßnahmen werden wir den Verkäufer – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

(3) Der Verkäufer hat eine Produkthaftpflichtversicherung mit einer pauschalen Deckungssumme von mindestens 2.500.000,00 Mio. EUR pro Personen-/Sachschaden abzuschließen und zu unterhalten.

§ 10 Datenschutz

Der Verkäufer erklärt sein widerrufliches Einverständnis damit, dass mitgeteilte personenbezogene Daten unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen auftragsbezogen be- bzw. verarbeitet werden.

§ 11 Verjährung

(1) Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

(2) Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche 3 Jahre ab Gefahrübergang. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Die 3-jährige Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB) unberührt bleibt; Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen uns geltend machen kann.

(3) Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit uns wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.

§ 12 Rechtswahl und Gerichtsstand

(1) Für diese AEB und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Verkäufer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts.

(2) Ist der Verkäufer Kaufmann iSd Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Bremen. Entsprechendes gilt, wenn der Verkäufer Unternehmer iSv § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gemäß diesen AEB bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Verkäufers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.

§ 13 Salvatorische Klausel

Sollten Bestimmungen ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Das Gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass diese AEB eine Lücke enthalten. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit rechtlich möglich, dem am Nächsten kommt, was die Vertragschließenden gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck der Vereinbarung gewollt hätten, sofern sie bei Abschluss dieser Vereinbarung den Punkt bedacht hätten.

for inspection and performance at a later date shall be borne by the Seller, even if it turns out that in fact no defect existed. Our liability for damages in the case of an ungrounded request for defect removal shall remain unaffected, yet we shall be liable in this respect only if we accepted or committed gross negligence, without recognizing the existence of the defect.

(6) Without prejudice to our statutory rights and provisions of act 5, the following provisions shall apply: Should the Seller fail to fulfil its obligation to remove the defect – at our discretion, by removing the defect (removal) or by providing goods free from defects (replacement) within a reasonable period of time appointed by us, we shall be able to remove the defect on our own and request the Seller to reimburse the costs necessary for this purpose or the respective advance payment. If the Seller's postponed performance failed or is unacceptable for us (e.g. due to particular urgency, operational safety hazard or unavoidable occurrence of a disproportionate loss), no deadline has to be appointed; we shall notify the Seller about such circumstances immediately, if possible – in advance.

(7) Otherwise, in the case of a material or legal defect, we shall be entitled to reduce the purchase price or to withdraw from the contract in accordance with statutory regulations. Moreover, we are entitled to compensation for losses and costs in accordance with statutory regulations.

§ 8 Recourse towards supplier

(1) Our legally defined recourse claims in supply chain (recourse towards supplier as per articles 445a, 445b, 478 of the civil code) shall be available to us without limitations, apart from the defect claims. In particular, we shall be entitled to request from the seller the exact same type of follow-up performance (repair or substitute delivery) which in the given case we owe to our customer. Our statutory right of choice (article 439 act 1 of the civil code) shall not be limited by this.

(2) Before we acknowledge or satisfy a defect claim pursued by our customer (including reimbursement as per article 445a act 1, 439 act 2 and 3 of the civil code), we shall notify the Seller about this fact and request a written statement, briefly presenting the actual status of the case. Unless a substantiated statement is submitted within the prescribed time and an amicable solution is reached, the defect claim actually granted by us shall be deemed due to our customer. In this case, the burden or opposite evidence shall rest with the seller.

(3) Our claims on account of recourse towards the supplier shall be excluded if the defective goods were further processed by us or another entrepreneur, e.g. by installation in another product.

§ 9 Manufacturer's liability

(1) Should the Seller be liable for product damage, it shall indemnify us against third party claims to the extent in which the cause is within its area of control and organization and shall be independently liable towards third parties.

(2) As part of its compensation duty, the Seller shall reimburse the costs as per articles 683 and 670 of the civil code, resulting from or related to third party claims, including our activities completed on account of product recall. As far as possible and reasonable, we shall notify the seller about the contents and scope of the methods of appeal and give the seller the possibility of making a statement. Further legal claims shall remain unaffected.

(3) The seller shall conclude and maintain product liability insurance with lump sum coverage of at least EUR 2,500,000.00 million for personal/property damages.

§ 10 Data protection

The seller declares a revocable consent for processing of personal data provided in accordance with statutory regulations.

§ 11 Statute of limitations

(1) Mutual claims of the contractual parties shall fall under the statute of limitation in accordance with statutory regulations, unless decided otherwise below.

(2) Contrary to article 438 act 1 no. 3 of the civil code, the general statute of limitations for claims on account of material defects and legal defects is 3 years from the date of delivery. If acceptance was agreed on, the statute of limitations shall commence on the day of the acceptance. The 3-year statute of limitations shall apply respectively to claims resulting from legal defects, whereas the statutory statute of limitations for material claims regarding issue in the case of third parties. (article 438 act 1 no. 1 of the civil code) shall remain unaffected; moreover, claims regarding legal defects shall in no case fall under statute of limitations, as long as a third party may still pursue its rights towards us – particularly in the case of lack of statute of limitations.

(3) All the contractual defect claims shall be subject – to the extent provided for by the law – to statutes of limitations resulting from the act on sales, providing for the following extension. As long as we are also eligible for non-contractual damage claims on account of defects, the regular statutory statute of effect shall apply in this scope (articles 195, 199 of the civil code), unless application of the statutes of limitation specified in the act on sales leads in individual cases to a longer period of limitation.

§ 12 Choice of law and competent court

(1) These GTP and contractual relations between us and the seller shall be subject to the law of Germany, to the exclusion of harmonized international law, particularly the UN Convention on international sales of goods.

(2) If the seller is a merchant within the meaning of the commercial code, a legal entity under public law or a special fund under public law, the exclusive – also international – place of jurisdiction for all the disputes resulting directly or indirectly from a contractual relation shall be our seat in Bremen. The same applies if the seller is an entrepreneur within the meaning of article 14 of the civil code. In any case, we shall also be entitled to bring an action at the location of performing the delivery obligation in accordance with these GTP or a prior individual contract or at the seller's general place of jurisdiction. The upward statutory regulations, particularly concerning exclusive competence, shall remain unaffected.

(3)

Dies gilt auch dann, wenn die Unwirksamkeit einer Bestimmung etwa auf einem in dieser Vereinbarung normierten Maß der Leistung oder Zeit (Frist, Termin) beruht; es tritt in solchen Fällen ein dem Gewollten möglichst nahekommendes rechtlich zulässiges Maß der Leistung oder Zeit (Frist, Termin) an die Stelle des Vereinbarten.

§ 13 Severability clause

Should any provision be fully or partially invalid or unenforceable or lose validity or enforceability at a later date, it shall not affect the validity and enforceability of the remaining provisions. The same applies should it turn out that these GTP contain a gap. Any invalid or unenforceable provisions or gaps shall be replaced with an appropriate provision which, as far as legally possible, is as close as possible to the original intent of the contractual parties, in accordance with the sense and purpose of the contract, if they considered this matter when entering the contract. This also applies if invalidity of any provision is based, for instance on performance or time (deadline, date) indicators standardized in this contract; in such cases, the agreed upon content shall be replaced with a legally permissible metric of performance or time (deadline, date), which is as close as possible to the original intention.